

## 35. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 10.11.2022**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeyer		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Felix Kinzinger		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Klara Mörike Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner		

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Veit Wiswesser  
Johann Zehetmair  
Stefan Zehetmair

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Einstieg in die nichtöffentliche Sitzung hat sich der Gemeinderat einstimmig dafür ausgesprochen, dass der Tagesordnungspunkt 11 der heutigen öffentlichen Sitzung „Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Fahrer und Köche des Feringahauses (Seniorenbegegnungsstätte)“ abgesetzt und in einer der nächsten Sitzungen behandelt wird.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die heutige Gemeinderatssitzung als Hybridsitzung durchgeführt wird. Einige Gemeinderatsmitglieder sowie Vertreter der Verwaltung sind mittels Ton- und Bildübertragung der Sitzung zugeschaltet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Schwarz nachträglich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

#### 344 24 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 24 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Hauptamt

#### 345 25 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Gemeinderat in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung unter Top 5 „Neues Mitterfeld; Erwerb von Geschossflächen durch die Gemeinde Unterföhring für Wohnbebauung“

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

weitere ca. 2.800 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche des östlichen L-Körpers im Baufeld 5 für das aktuell eine Geschossfläche von ca. 2.410 m<sup>2</sup> Wohnen und 690 m<sup>2</sup> Kita geplant ist, erworben hat.

AZ 024  
Hauptamt

346 25 **Haushalt der Gemeinde Unterföhring für das Haushaltsjahr 2022; Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Unterföhring mit Nachtragshaushaltsplan**

Nach den Bestimmungen des Art. 68 Abs. 2 Nr. 2 der Bayer. Gemeindeordnung muss ein Nachtragshaushalt zwingend erlassen werden, wenn zusätzliche Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang geleistet werden.

Nach dem vorliegenden Entwurf **erhöht** sich das Volumen des **Verwaltungshaushalts** um **ca. 47,4 Mio. €** auf **167 Mio. €**.

Die Veränderungen sind auf der Einnahmenseite im Wesentlichen geprägt von einer Erhöhung des Ansatzes bei den **Gewerbesteuereinnahmen** um 40 Mio. € auf 110 Mio. €. Trotz der zahlreichen Einschränkungen für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe, die sich infolge der derzeitigen Krisen ergeben, entwickeln sich die Gewerbesteuereinnahmen im Haushaltsjahr 2022 gut. Der Ansatz kann deshalb deutlich angehoben werden.

Die Gewerbesteuerkompensation, die die Gemeinde vom Freistaat Bayern für verminderte Einnahmen im Vorjahr in Höhe von 9,1 Mio. € erhalten hat, wirkt sich ebenfalls positiv auf die Einnahmesituation aus.

Die Beteiligung an der Grunderwerbssteuer erhöht sich auch um ca. 1,8 Mio. €.

Insgesamt verbessert sich die Einnahmesituation im Verwaltungshaushalt durch die Ansatzkorrekturen im Nachtragshaushalt um ca. **47,4 Mio. €**.

Die Ausgabenseite des Verwaltungshaushalts erhöht sich durch die Ansatzkorrekturen um ca. **5,4 Mio. €**. Neben zahlreichen kleineren Veränderungen in einigen Unterabschnitten des Haushalts, wo geringfügige Ansatzkorrekturen vorgenommen werden, verändern sich die Ansätze in 2 Bereichen deutlich.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Mit der Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens erhöht sich auch die Gewerbesteuerumlage auf ca. 11,7 Mio. €.

Die Unterhaltskosten für mehrere gemeindeeigene Liegenschaften müssen wegen der allgemeinen Kostensteigerungen und notwendiger Ersatzbeschaffungen um insgesamt 362.000 € angehoben werden.

Zusammenfassend betrachtet, ergibt sich durch alle Ansatzänderungen eine Verbesserung des Verwaltungshaushaltes um ca. 42 Mio. €. Die **Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt** erhöht sich um diesen Betrag von bisher veranschlagten **3,9 Mio. € auf 45,9 Mio. €**.

Das Volumen des **Vermögenshaushaltes** vermindert sich durch den vorliegenden Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes um ca. 33,5 Mio. € auf **ca. 91,7 Mio. €**.

Die Einnahmenseite verbessert sich durch 3 Ansatzänderungen um ca. 1 Mio. €.

Neben den Zuweisungen des Freistaates Bayern für den Unterhalt von Gemeindestraßen und der Förderung im Rahmen des kommunalen Wohnraumförderungsprogramms, konnten auch mehr Kanalherstellungsbeiträge als ursprünglich geplant festgesetzt werden.

Auf der Ausgabenseite des Vermögenshaushalts ergeben sich einige Veränderungen zum Planstand im Stammhaushalt.

Zur Vorbereitung auf mögliche „Blackout Szenarien“ im kommenden Winter 2022 / 2023 hat der Gemeinderat einen Betrag von 250.000 € zur Verfügung gestellt.

Dementsprechend erhöht sich der Ansatz beim Unterabschnitt Katastrophenschutz für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Die Planungen und vorbereitenden Ausführungsarbeiten für den Sportpark an der Mitterfeldallee, hat der Gemeinderat mit Beschluss im Herbst letzten Jahres eingestellt.

Die Planer und Baufirmen wurden daraufhin von der Verwaltung aufgefordert ihre bisherigen Aufwendungen mit Schlussrechnungen bis zum 31.12.2021 in Rechnung zu stellen.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Tatsächlich konnten aber nicht alle Planungen und Bauleistungen im Haushaltsjahr 2021 abgeschlossen werden, sodass im entsprechenden Unterabschnitt bei 2 Haushaltsstellen ein Rechnungsüberhang von insgesamt ca. 4 Mio. € entstanden ist. Die Ausgabeansätze werden im Nachtragshaushalt entsprechend gebildet.

Bei der Liegenschaftsverwaltung wurde im Stammhaushalt für einen möglichen größeren Grunderwerb ein Ausgabeansatz in Höhe von 40 Mio. € gebildet. Dieser kann im Nachtragshaushalt wegen der Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr um 39 Mio. € auf 1 Mio. € zurückgenommen werden.

Alle Ansatzänderungen im Nachtragshaushaltsplan des Vermögenshaushalts verursachen eine Ausgabenverminderung von ca. 33,5 Mio. € und eine Einnahmeerhöhung von 1 Mio. €. Im Saldo verbessert sich der Vermögenshaushalt somit um ca. 34,5 Mio. €

Da auch die Zuführung vom Verwaltungshaushalt um ca. 42 Mio. € steigt, **verbessert** sich die Situation des Gesamthaushalts um ca. 76,5 Mio. €.

Die geplante Entnahme aus den Rücklagen vermindert sich um diesen Betrag von ca. 112,8 Mio. € auf 36,3 Mio. €.

Beschluss: 24 : 0

#### 1. Nachtragshaushaltsplan Nr. 1 für 2022

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes zur Kenntnis. Er beschließt die Einzelpläne 0 bis 9 des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes in der den Gemeinderatsmitgliedern vorliegenden Fassung.

#### 2. Nachtragshaushaltssatzung Nr. 1 für 2022

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung zur Kenntnis. Er erlässt gemäß Art. 68 Abs. 1 i.V.m. Art. 65 Abs. 1 der Bayer. Gemeindeordnung die Nachtragshaushaltssatzung Nr. 1 für 2022 in der Fassung, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

AZ 941  
Finanzen

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

347 25 **Antrag der CSU-Fraktion; Erarbeitung eines Umsetzungsprogramms im Rahmen des Programmes 29+ +Klima.Energie.Initiative; Teilnahme an der Klimakonferenz des Landkreises München**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist das Gemeinderatsmitglied Herr Peischl zur Sitzung erschienen und hat sich fortan an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist das Gemeinderatsmitglied Herr Peischl zur Sitzung erschienen und hat sich fortan an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der CSU-Fraktion zur Erarbeitung eines Umsetzungsprogramms im Rahmen des Programms 29<sup>++</sup> Klima.Energie.Initiative und zur Teilnahme an der Klimakonferenz des Landkreises München vom 30.09.2022, eingegangen am 05.10.2022, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Energieagentur Ebersberg auf Basis des vorliegenden digitalen Energienutzungsplanes ein Umsetzungsprogramm<sup>++</sup> als Gesamtkonzept für unsere Gemeinde zu erarbeiten und die Ergebnisse dem Gemeinderat vorzulegen.

Das Umsetzungsprogramm<sup>++</sup> soll neben den obligatorischen Themen auch die

- Prüfung einer kommunalen Energieversorgungsgesellschaft,
- Abwägung von Agri-PV-Anlagen und
- Möglichkeiten einer Anmietung von privaten Dachflächen zum Betrieb von PV-Anlagen durch die Gemeinde bzw. eine kommunale Energieversorgungsgesellschaft

beinhalten.

Die Kosten hierfür sind unter Berücksichtigung der Zuschüsse durch den Landkreis München in der entsprechenden Haushaltsteile mit aufzunehmen. Zudem beantragen wir die Teilnahme unserer Verwaltung (Energiemanagement) an der kommunalen Klimakonferenz des Landkreises München zum regelmäßigen Austausch.

Begründung:

*Im Rahmen der Klimaschutzinitiative 29<sup>++</sup> hat der Landkreis München alle verfügbaren Daten zur bestehenden Energie-Infrastruktur für das komplette*

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

*Kreisgebiet erfasst und vorhandene Potenziale identifiziert. Auf Basis dieser Datengrundlage entstand für jede einzelne Kommune eine individuelle Potenzialanalyse; der Energienutzungsplan.*

*Der digital verfügbare Energienutzungsplan weist für unsere Gemeinde neben Bestandsdaten u.a. geeignete Gebiete für PV-Anlagen (sowohl Dächer als auch Freiflächen) und Windkraft aus.*

*Die bereits vorliegenden Daten und Informationen sollten u.E. genutzt werden, um in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Ebersberg ein Umsetzungsprogramm++ als Gesamtkonzept für unsere Gemeinde zu definieren. Ziel sollte sein, konkrete Projekte zügig in die Umsetzung zu bringen."*

Der Antrag der CSU-Fraktion vom 30.09.2022 wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 25 : 0

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Energieagentur Ebersberg auf Basis des vorliegenden digitalen Energienutzungsplanes ein Umsetzungsprogramm++ als Gesamtkonzept für unsere Gemeinde zu erarbeiten und die Ergebnisse dem Gemeinderat vorzulegen.

Das Umsetzungsprogramm++ soll neben den obligatorischen Themen auch die

- Prüfung einer kommunalen Energieversorgungsgesellschaft,
- Abwägung von Agri-PV-Anlagen und
- Möglichkeiten einer Anmietung von privaten Dachflächen zum Betrieb von PV-Anlagen durch die Gemeinde bzw. eine kommunale Energieversorgungsgesellschaft

beinhalten.

Die Kosten hierfür sind unter Berücksichtigung der Zuschüsse durch den Landkreis München in der entsprechenden Haushaltsteile mit aufzunehmen.

Zudem beantragen wir die Teilnahme unserer Verwaltung (Energiemanagement) an der kommunalen Klimakonferenz des Landkreises München zum regelmäßigen Austausch.

AZ 86

Bauamt

### 25 Anträge der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

AZ 861

Bauamt



## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

348

24

#### **Anträge der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN** **zur Teilnahme am Wattbewerb**

Das Gemeinderatsmitglied Frau Spratter hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen (kein Bild und Ton während Zuschaltung per Ton-Bildübertragung) und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Teilnahme am Wattbewerb vom 05.10.2022, eingegangen am 05.10.2022, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeinde Unterföhring nimmt so schnell als möglich am „Wattbewerb“ teil.

#### Begründung

*Um die Klimaziele aus dem Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 zu erreichen, müssen alle Kommunen in Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bringen. Zudem muss die Bundesrepublik Deutschland ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland möglichst schnell abbauen. Auch hier spielen die Kommunen eine wesentliche Rolle.*

*Um Strom und perspektivisch auch Wärme (über Wärmepumpen) in möglichst großem Umfang lokal und klimaneutral erzeugen zu können, bietet der Ausbau von Photovoltaik ein großes Potenzial. Nahezu alle Gebäude weisen Dachflächen auf, die für die Nutzung von Photovoltaik geeignet sind. Jedoch verfügt die Gemeinde Unterföhring über ihre eigenen Gebäude nur über einen kleinen Anteil an Dachflächen, den sie aus eigener Initiative heraus mit Photovoltaik belegen kann. Daher ist es von größter Bedeutung, die Besitzerinnen und Besitzer der Dächer der übrigen Gebäude zu erreichen und dazu zu bewegen, ihre Dächer für Photovoltaik zu nutzen.*

*Wattbewerb bietet allen deutschen Kommunen die Chance, über ein Wettbewerbs-Spiel den Ausbau der Photovoltaik lokal in einer gemeinsamen Offensive von Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern voranzubringen. Wattbewerb ist eine Initiative des Vereins Wattbewerb e.V., hinter dem verschiedene bürgerschaftliche Klimaschutzinitiativen stehen (Fossil Free Karlsruhe, Parents for Future Germany, FridaysForFuture, Scientists4Future).*

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

*Das aktuelle Ziel sieht eine möglichst schnelle Verdopplung der installierten PV-Leistung in den Kommunen vor. Die erste Runde von Wattbewerb endet, sobald die erste teilnehmende Großstadt ihre installierte Photovoltaik-Leistung / Einwohner\*in verdoppelt hat. Wattbewerb hat am 21.02.2021 begonnen und ein Einstieg ist jederzeit möglich. Gemeinden können seit 01.01.2022 bei Wattbewerb teilnehmen.*

*Die Teilnahme bei Wattbewerb ist kostenlos.*

*Mit Anmeldung erhält die Gemeinde Zugriff auf das Ranking und Zubau-Daten aus dem Markstammdatenregister (MaStR). Diese werden wöchentlich aktualisiert und den Kommunen kostenlos zur Verfügung gestellt. Zusätzlich bilden Dashboards auf der Website des Wattbewerbs die Energiewende vor Ort leicht auch für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar ab.*

*Die langfristig beschlossenen Maßnahmen der Verwaltung können so sehr früh messbar gemacht werden. Damit fällt es leicht zu zeigen, dass die Gemeinde Unterföhring auf dem richtigen Weg ist. Die Vergleichsfunktion im Ranking bietet die Möglichkeit spielerischer „Nachbarschaftsduelle“ mit den benachbarten Kommunen, um sich gegenseitig zu neuen Höchstleistungen anzuspornen.*

*Die Teilnahme bei Wattbewerb ist für die Gemeinde Unterföhring ein hervorragender Anlass, die lokale Energiewende im Verbund mit Bürgerinnen und Bürgern, Handel und Gewerbe, Industrie und Wohnungswirtschaft zügig und entschlossen voranzubringen. So kann es gelingen, Besitzerinnen und Besitzer der Dächer wie private Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, private und gewerbliche Vermieterinnen und Vermieter, Firmen und Gewerbe dafür zu gewinnen, in Photovoltaik zu investieren. Neben dem Klimaschutz-Effekt werden auf diese Weise lokale Investitionen mit privatem Kapital generiert und die lokale Wirtschaft gestärkt, da neben den Aufträgen an Firmen und Handwerker der Umbau der Energieerzeugung zu einer Stärkung der Wertschöpfung vor Ort führt, da dadurch mittelfristig die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sinken.*

*Insgesamt kann die Gemeinde Unterföhring durch die Teilnahme einen spürbaren Schritt in Richtung Klimaneutralität machen.*

Wattbewerb im Internet:  
<https://wattbewerb.de/>  
[info@wattbewerb.de](mailto:info@wattbewerb.de)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.10.2022 wurde dem Gremium zugestellt.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 12 : 12

Die Gemeinde Unterföhring nimmt so schnell als möglich am „Wattbewerb“ teil.

Gemäß Art. 51 Abs. 1 Satz 2 GO ist der Antrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

AZ 861  
Bauamt

349

24

#### **Anträge der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN** **zur Errichtung einer Freiflächensolaranlage und einer Windkraftanlage**

Das Gemeinderatsmitglied Frau Spratter hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal/Zuschaltung per Ton-Bildübertragung verlassen und sich fortan nicht mehr an der Beratung und Beschlussfassung der folgenden Tagesordnungspunkte beteiligt.

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Festschreibung von Solaranlagen in der Bauleitplanung vom 10.10.2022, eingegangen am 10.10.2022, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Gemeinde errichtet auf dem für den „Sportpark“ vorgesehenen Areal eine möglichst große Freiflächensolaranlage, eventuell in Kombination mit einer landwirtschaftlichen Nutzung. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, eine geeignete Teilfläche auszuwählen, die einer zukünftigen Planung und Nutzung des Areals mit einem reduzierten „Sportpark“ nicht zuwiderläuft, ja sogar bestenfalls zukünftig zur Abdeckung eines Teils des Strombedarfs desselben dienen könnte.
2. Die Gemeinde prüft ernsthaft die Errichtung einer Windkraftanlage in dem bereits im Flächennutzungsplan vorgesehenen Umgriff. (Siehe Anhang)
3. Die Planung und Projektierung der o.g. Vorhaben wird der GEOVOL (vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates) übertragen, wie es von Gemeinderat Johannes Mecke schon mehrfach in Gesprächen mit Herrn Lohr angeregt und auch dem Aufsichtsrat vorgetragen wurde, mit dem Wunsch dies fraktionsübergreifend zu verwirklichen.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Entsprechende Haushaltsmittel sind einzuplanen.

Begründung:

*Die aktuelle immer schneller sich verschärfende Klimakrise und die durch den Ukrainekrieg in aller Schärfe zutage getretene Abhängigkeit von fossilen Energieträgern drängen zu schnellem Handeln.*

*Das Areal „Sportpark“ mit seinen 150.000 qm bietet ausreichend Fläche für eine Solarfreiflächenanlage, selbst nach Abzug von möglichen Ausgleichflächen und der möglichen zukünftigen Bebauung mit einem abgespeckten „Sportpark“.*

*Unterföhring hat aufgrund seiner finanziellen Stärke die Möglichkeit, wie dies mit der Förderung der Geothermie geschehen ist, diese Solaranlage zeitnah zu realisieren. Darüber hinaus ist die von uns benannte Fläche nach unserer Meinung hierfür besonders geeignet.*

*Last but not least würde Unterföhring mit der Einbeziehung einer Windkraftanlage, folglich dem Dreiklang von Geothermie, Nutzung der Solarenergie und der Windkraft einen großen Schritt in Richtung Klimaneutralität machen und somit dazu beitragen erfolgreich die Klimakrise zu bekämpfen.“*

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.10.2022 wurde dem Gremium zugestellt.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung der aufgezeigten Punkte.

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen:

Beschluss: 24:0

Nach dem der Antrag zur Geschäftsordnung zugelassen worden ist, lässt der Vorsitzende inhaltlich über die getrennte Abstimmung abstimmen:

Beschluss 24:0

Nach dem der Antrag zur Geschäftsordnung zugelassen wurde und inhaltlich angenommen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr über die aufgezeigten Punkte getrennt abstimmen.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

1. Die Gemeinde errichtet auf dem für den „Sportpark“ vorgesehenen Areal eine möglichst große Freiflächensolaranlage, eventuell in Kombination mit einer landwirtschaftlichen Nutzung. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, eine geeignete Teilfläche auszuwählen, die einer zukünftigen Planung und Nutzung des Areals mit einem reduzierten „Sportpark“ nicht zuwiderläuft, ja sogar bestenfalls zukünftig zur Abdeckung eines Teils des Strombedarfs desselben dienen könnte.

Beschluss: 11:13

2. Die Gemeinde prüft ernsthaft die Errichtung einer Windkraftanlage in dem bereits im Flächennutzungsplan vorgesehenen Umgriff. (Siehe Anhang)

Beschluss: 24:0

3. Die Planung und Projektierung der o.g. Vorhaben wird der GEOVOL (vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates) übertragen, wie es von Gemeinderat Johannes Mecke schon mehrfach in Gesprächen mit Herrn Lohr angeregt und auch dem Aufsichtsrat vorgetragen wurde, mit dem Wunsch dies fraktionsübergreifend zu verwirklichen.

Entsprechende Haushaltsmittel sind einzuplanen

Beschluss: 5:19

AZ 861  
Bauamt

350

24

### **Anträge der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN** **zur Festschreibung von Solaranlagen in der Bauleitplanung**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Festschreibung von Solaranlagen in der Bauleitplanung vom 13.10.2022, eingegangen am 13.10.2022, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen, dass zur Umsetzung des Klimaschutzes (siehe integriertes Klimaschutzkonzept der Gemeinde Unterföhring v.30.07.2013) in Zukunft in allen Bebauungsplänen eine Verpflichtung zur

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Ausstattung mit Solaranlagen (PV-Anlagen oder Solarthermie) vor dem Hintergrund einer korrekten Abwägung öffentlicher und privater Belange konsequent geprüft und umgesetzt wird. Die Installationen von Photovoltaikanlagen oder thermischen Solaranlagen sollen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und unter Beachtung des Abwägungsgebots, der örtlichen Situation, Eignung, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit durch den Bebauungsplan gemäß § 9 (1) Nr. 23 b) BauGB auf allen Gebäuden festgesetzt werden.

Dabei bietet sich folgender Wortlaut an: „Geeignete Dachflächen sind für die Gewinnung von Solarstrom mit Photovoltaik oder Solarthermie möglichst in Kombination mit einer Dachbegrünung auszustatten. Die Anlage muss mindestens 50 Prozent der nicht anderweitig genutzten Dachfläche umfassen.“ Bei städtebaulichen Verträgen wird stets mit den Grundstücksinteressent\*innen eine Solarpflicht vereinbart.

Begründung:

*Photovoltaik und Solarthermie sind zwei wichtige Bausteine zur Bekämpfung der Klimakrise. Die Potenziale auf neu zu errichtenden und bestehenden Dächern sind groß. Sie sind eine kostengünstige und effektive Klimaschutzmaßnahme, welche auch die Eigentümer\*innen der Gebäude vor steigenden Preisen für fossile Energieträger schützt. Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 23 b) Baugesetzbuch (BauGB) können im Bebauungsplan aus städtebaulichen Gründen Gebiete festgesetzt werden, in denen bei der Errichtung von Gebäuden oder bestimmten sonstigen baulichen Anlagen bestimmte bauliche oder sonstige technische Maßnahmen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung getroffen werden müssen. Vorbildhaft sind die bayerischen Kommunen Pfaffenhofen und Amberg, die eine kommunale Solarpflicht bereits 2019 eingeführt haben. Wir würden es begrüßen, wenn die Gemeinde Unterföhring sich mit einer der u.g. Gemeinden, z.B. Pfaffenhofen, in Verbindung setzen würde, um sich über die Erfahrungen und das nötige Prozedere informieren zu lassen.*

Vorbilder:

- Die Gemeinde Pfaffenhofen hatte im März 2019 eine Photovoltaik-Pflicht zunächst für ein neues Wohngebiet ausgerufen:  
<https://pfaffenhofen.de/paf-und-du/nachrichten/photovoltaik-pflicht-im-baugebiet-pfaffelleiten/>  
Für ein älteres Wohngebiet wurde der alte Bebauungsplan überplant. Hier kommt die PV-Pflicht für Neubauten oder Altbauten, die nach

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Inkrafttreten aufgestockt werden, zum Einsatz:

<https://www.donaukurier.de/lokales/pfaffenhofen/Photovoltaik-Pflicht-auch-fuers-Ziegellohofeld;art600,4348253>

- In Konstanz hat der Gemeinderat, als Reaktion auf den Ausruf des Klimanotstands Mitte Mai 2019 eine Solarpflicht für Neubauten auf städtischem Grund verabschiedet:  
[https://www.seemoz.de/lokal\\_regional/die-solarpflicht-ist-beschlossen/](https://www.seemoz.de/lokal_regional/die-solarpflicht-ist-beschlossen/)
- In Amberg hat der Stadtrat am 16.12.19 beschlossen, zukünftig in allen Bebauungsplänen eine Verpflichtung für PV-Anlagen einzuführen. Möglich machte dies ein neues Konzept für Bebauungspläne mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit:  
<https://www.solarverein-amberg.de/news/artikel.php?id=271>
- Viele Kommunen sind diesen Vorbildern bereits gefolgt."

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.10.2022 wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 8 : 16

Zur Umsetzung des Klimaschutzes (siehe integriertes Klimaschutzkonzept der Gemeinde Unterföhring v.30.07.2013) soll in Zukunft in allen Bebauungsplänen eine Verpflichtung zur Ausstattung mit Solaranlagen (PV-Anlagen oder Solarthermie) vor dem Hintergrund einer korrekten Abwägung öffentlicher und privater Belange konsequent geprüft und umgesetzt werden. Die Installationen von Photovoltaikanlagen oder thermischen Solaranlagen sollen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und unter Beachtung des Abwägungsgebots, der örtlichen Situation, Eignung, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit durch den Bebauungsplan gemäß 9 (1) Nr. 23 b) BauGB auf allen Gebäuden festgesetzt werden.

Hierbei ist folgender Wortlaut anzuwenden: „Geeignete Dachflächen sind für die Gewinnung von Solarstrom mit Photovoltaik oder Solarthermie möglichst in Kombination mit einer Dachbegrünung auszustatten. Die Anlage muss mindestens 50 Prozent der nicht anderweitig genutzten Dachfläche umfassen." Bei städtebaulichen Verträgen wird stets mit den Grundstücksinteressent\*innen eine Solarpflicht vereinbart.

AZ 610  
Bauamt

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

351      24      **Antrag des Landratsamtes München zur Verlängerung (befristet) der Laufzeit der Flüchtlingsunterkunft auf dem Grundstück an der Bauhofstraße 10 (Fl.Nr. 568/2 und 569)**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 29.09.2015, mit welchem dem Antrag der HWZ Projekte GmbH, Unterschleißheim, zur Errichtung einer Asylbewerberunterkunft für maximal 175 Personen an der Bauhofstraße 10, Fl.Nr. 568/2 und 569 vom 22.09.2015, eingegangen bei der Gemeinde am 23.09.2015, für eine Dauer von maximal zehn Jahren zugestimmt wurde.

Der Vorsitzende gibt nun den Antrag des Landratsamtes München vom 11.07.2022, eingegangen bei der Gemeinde am 22.08.2022, zur Verlängerung der Laufzeit einer Flüchtlingsunterkunft an der Bauhofstraße 10, sowie die E-Mail von Frau Kohler (Landratsamt München), vom 14.10.2022, bekannt. Das Schreiben vom 11.07.2022 und die E-Mail vom 14.10.2022 wurden dem Gremium zugestellt.

Die aktuelle Baugenehmigung läuft zum 31.12.2025 aus. Aufgrund der aktuellen Lage in der Ukraine und den damit einhergehenden hohen Flüchtlingsströmen, der Zusage des Landrates anerkannte Flüchtlinge nicht aus der Unterkunft zu verweisen, um den Gemeinden keine Obdachlosenunterbringung zumuten zu müssen, sowie der Problematik, dass 10 Jahre nach der Flüchtlingskrise von 2015/2016 die Laufzeit mehrerer Flüchtlingsunterkünfte nicht mehr verlängert werden kann, wird die Unterkunft an der Bauhofstraße 10 dringend auch weiterhin für die Unterbringung von Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern benötigt. Das Landratsamt München beabsichtigt den Mietvertrag der Flüchtlingsunterkunft an der Bauhofstraße 10 um weitere 15 Jahre (bis zum 10.11.2041) zu verlängern und beantragt die Verlängerung der Baugenehmigung um weitere 15 Jahre bis zum 10.11.2041.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Antrag des Landratsamtes München, zur Verlängerung der Laufzeit einer Flüchtlingsunterkunft an der Bauhofstraße 10 vom 11.07.2022 eingegangen bei der Gemeinde am 22.08.2022, um weitere 15 Jahre, bis zum 10.11.2041, zur Kenntnis und stimmt einer Verlängerung der Baugenehmigung bis 31.12.2030 zu.



## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Weiter ist eine kompetente und durchgängige Sozialbetreuung für diese Unterkunft zwingend zu gewährleisten.

AZ 6024  
Bauamt

352      24      **Neues Mitterfeld; Vorstellung der Planungen für eine künftige  
Bebauung (Wohnen und nicht störendes Gewerbe)**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 92/21, Wohnen und nicht störendes Gewerbe im KIESA-Gelände; im Gemeinderat vom 10.06.2021, Nr. 172.

Die Grundstücke sind im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesen. Im westlichen Bereich (an der Münchner Straße) besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 36/87, Teilfläche östlich der Münchner Straße, nördlich der Moosstraße, im Bereich der Siedlerstraße und des Gewerbegebiets Überland.

Der Umgriff weist eine Größe von 104.663 m<sup>2</sup> auf.

Die Präsentation des Architekturbüros de la Ossa und NRT Landschaftsarchitekten, Stand 07.11.2022, wurde dem Gremium zugestellt.

Weiter gibt der Erste Bürgermeister den in heutiger nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss, Erwerb von Geschossflächen für künftige Wohnbebauung, bekannt.

Die Planungen, Stand 07.11.2022, für eine künftige Bebauung (Wohnen und nicht störendes Gewerbe) enthalten folgende wesentliche Eckpunkte:

- Geplante Punkthäuser im Osten und Westen – Baufeld 1 und 7  
Aus stadtplanerischer Sicht wird eine 6-geschossigen Bauweise an den ausgearbeiteten Stellen des Entwurfes geplant.
- Nördliche Baukörper ab der Mitterfeldallee  
Ab dem Wilhelm-Kemmelmeyer-Bogen (Wallanlage) in Richtung Osten wird eine 5-geschossige Bauweise geplant. In Richtung Westen werden eine 4-geschossige Bebauung geplant.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Realisierung in mehreren Bauabschnitten  
Das Projekt wird nicht in einem Abschnitt, sondern verteilt über mehrere Jahre fertig gestellt. Aktuell ist geplant, dass ein Baufeld einem Bauabschnitt entspricht. Die vorliegende Planung weist sieben Baufelder aus. Pro Baufeld wird derzeit mit einer Bauzeit von 2-3 Jahren gerechnet. Das erste Baufeld wird voraussichtlich 2026/2027 fertig gestellt werden. In der weiteren Projektbearbeitung wird dann noch die Reihenfolge der Realisierung in Verbindung mit den Erschließungsmaßnahmen und der Herstellung der öffentlichen Flächen festgelegt.
- Realisierung von Reihenhäusern/2-geschossige Wohnungen übereinander  
Es wird vorgeschlagen, dass gestapelte Maisonette-Wohneinheiten flächeneffizienter Wohnungstypus als Ersatz für Reihenhausbauung im Baufeld 3 und Baufeld 6 realisiert werden sollen. Von real geteilten Reihenhäusern wird nach wie vor abgesehen, da diese nur im Rahmen der WEG erstellt werden könnten und es hier viele Abhängigkeiten geben würde (Erschließung, Energieversorgung, Tiefgarage, bauliche Vorschriften, etc.).
- Wohnbebauung direkt an der Münchner Straße - Baufeld 1  
Es ist vorgesehen, dass die Wohnungsgrundrisse angepasst an Schallsituation geplant werden. Alle Schlaf- und Wohnräume sowie Loggien in Richtung Osten sind von der Straße abgewandt. Nebenräume und Treppenhäuser liegen straßenseitig und die Fassade mit raumhohen Fenstern auch an der Straßenseite. Das Wohnen+ Kochen werden als durchgesteckter Grundriss geplant. Im Baufeld 1 sind rund 3.000 m<sup>2</sup> für Wohnen an der Münchner Straße sowie weitere rund 4.000 m<sup>2</sup> für Wohnen an der Mitterfeldallee (gesamt 7.000 m<sup>2</sup>) geplant.
- Geschossfläche für den Umgriff von rund 104.663 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche  
Innerhalb des Plan-Umgriffs wird mit einer GF von rund 109.000 m<sup>2</sup> geplant. Diese verteilt sich auf Wohnnutzung, Sonderform Wohnen (z.B. Sonderwohnform für Senioren mit Tagespflege), Kita, Einzelhandel und z.B. Ärztehaus.
- Wohnbebauung im Baufeld 7 und im östlichen Teil des Baufeld 5 durch die Gemeinde Unterföhring

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Im Baufeld 7 kann die Gemeinde rund 100 Wohnungen und im östlichen Teil des Baufeld 5 rund 20-25 Wohnungen sowie eine Kindertageseinrichtung errichten.

Die Planungsbeteiligten stellten die aktuelle Planung, Stand 07.11.2022, dem Gremium am 07.11.2022 vor und beantworten die auftretenden Fragen. Im weiteren Verlauf der Planungen werden u.a. die Themen Bauen nach neuesten Standards/Energiekonzept/Nachhaltigkeit vorbereitet und dem Gremium zur Behandlung vorgelegt.

Als nächster Schritt ist der Entwurf des Bebauungsplanes vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Billigung vorzulegen. Hierbei sind alle erforderlichen Maßnahmen (u.a. Beauftragung von Fachbüros und Sachverständige etc.) vorzunehmen, sowie der städtebauliche Vertrag durch die Rechtsanwaltskanzlei Messerschmidt, Dr. Niedermeier und Partner PartmbB, München vorzubereiten.

Beschluss: 24 : 0

Das Gremium nimmt die aktuelle Planung, Stand 07.11.2022, zur Kenntnis und stimmt der Planung mit folgenden wesentlichen Eckpunkten zu:

- Geplante Punkthäuser im Osten und Westen – Baufeld 1 und 7  
Aus stadtplanerischer Sicht wird eine 6-geschossigen Bauweise an den ausgearbeiteten Stellen des Entwurfes geplant.
- Nördliche Baukörper ab der Mitterfeldallee  
Ab dem Wilhelm-Kemmelmeyer-Bogen (Wallanlage) in Richtung Osten wird eine 5-geschossige Bauweise geplant. In Richtung Westen werden eine 4-geschossige Bebauung geplant.
- Realisierung in mehreren Bauabschnitten  
Das Projekt wird nicht in einem Abschnitt, sondern verteilt über mehrere Jahre fertig gestellt. Aktuell ist geplant, dass ein Baufeld einem Bauabschnitt entspricht. Die vorliegende Planung weist sieben Baufelder aus. Pro Baufeld wird derzeit mit einer Bauzeit von 2-3 Jahren gerechnet. Das erste Baufeld wird voraussichtlich 2026/2027 fertig gestellt werden. In der weiteren Projektbearbeitung wird dann noch die Reihenfolge der Realisierung in Verbindung mit den Erschließungsmaßnahmen und der Herstellung der öffentlichen Flächen festgelegt.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Realisierung von Reihenhäusern/2-geschossige Wohnungen übereinander  
Es wird zugestimmt, dass gestapelte Maisonette-Wohneinheiten flächeneffizienter Wohnungstypus als Ersatz für Reihenhausbauung im Baufeld 3 und Baufeld 6 realisiert werden sollen. Von real geteilten Reihenhäusern wird abgesehen, da diese nur im Rahmen der WEG erstellt werden könnten und es hier viele Abhängigkeiten geben würde (Erschließung, Energieversorgung, Tiefgarage, bauliche Vorschriften, etc.).
- Wohnbebauung direkt an der Münchner Straße - Baufeld 1  
Es ist vorgesehen, dass die Wohnungsgrundrisse angepasst an Schallsituation geplant werden. Alle Schlaf- und Wohnräume sowie Loggien in Richtung Osten sind von der Straße abgewandt. Nebenräume und Treppenhäuser liegen straßenseitig und die Fassade mit raumhohen Fenstern auch an der Straßenseite. Das Wohnen+ Kochen werden als durchgesteckter Grundriss geplant. Im Baufeld 1 sind rund 3.000 m<sup>2</sup> für Wohnen an der Münchner Straße sowie weitere rund 4.000 m<sup>2</sup> für Wohnen an der Mitterfeldallee (gesamt 7.000 m<sup>2</sup>) geplant.
- Geschossfläche für den Umgriff von rund 104.663 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche  
Innerhalb des Plan-Umgriffs wird mit einer GF von rund 109.000 m<sup>2</sup> geplant. Diese verteilt sich auf Wohnnutzung, Sonderform Wohnen (z.B. Sonderwohnform für Senioren mit Tagespflege), Kita, Einzelhandel und z.B. Ärztehaus.
- Wohnbebauung im Baufeld 7 und im östlichen Teil des Baufeld 5 durch die Gemeinde Unterföhring  
Der Gemeinderatsbeschluss in heutiger nichtöffentlicher Sitzung zum Erwerb durch die Gemeinde von rund 2.410 m<sup>2</sup> Geschossfläche für Wohnen im östlichen Teil des Baufeld 5 (rund 2.800 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche), wird hiermit bekannt gegeben. Im Baufeld 7 kann die Gemeinde rund 100 Wohnungen und im östlichen Teil des Baufeld 5 rund 20-25 Wohnungen sowie eine Kindertageseinrichtung errichten.

Mit den vorgenannten Eckpunkten, ist als nächster Schritt, der Entwurf des Bebauungsplanes zur Billigung im Gemeinderat vorzubereiten. Hierbei sind alle erforderlichen Maßnahmen (u.a. Beauftragung von Fachbüros und Sachverständige etc.) vorzunehmen, sowie der städtebauliche Vertrag durch die Rechtsanwaltskanzlei Messerschmidt, Dr. Niedermeier und Partner PartmbB, München, auszuarbeiten.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Bebauungsplan erhält folgende neue Bezeichnung:  
Bebauungsplan Nr. 92/21, Wohnen und nicht störendes Gewerbe im „Neues Mitterfeld“. Der Gemeinderatsbeschluss vom 10.06.2021, Nr. 172, wird dahingehend geändert.

Der Bebauungsplanumgriff umfasst die Grundstücke mit den Fl.Nrn. 179, 179/6, 179/7 und 179/8. Der Bebauungsplanumgriff hat eine Größe von ca. 104.663 m<sup>2</sup>.

AZ 6100  
Bauamt

353

24

#### **Carsharing- Angebote; Flächen für Carsharing in den Wohngebieten, Vorstellung entsprechender Überlegungen (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)**

Das Gemeinderatsmitglied Frau Leitner hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 15.09.2022, Nr. 316, in welchem auf Antrag der CSU-Fraktion Sonderregelungen für Carsharing-Angebote im Gewerbegebiet östlich der S8 beschlossen wurden.

Aufgrund der jüngsten Erfahrungen im Gewerbegebiet östlich der Bahnlinie sollte auch in den wohnbebauten Gebieten in Unterföhring westlich der Bahnlinie ein ähnliches bzw. gleiches Carsharing Angebot offeriert werden. Carsharing erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Im Sinne der Nachhaltigkeit wäre es zudem sinnvoll die Menschen weg vom Privatauto, hin zu mehr gemeinschaftlicher Fahrzeugnutzung zu motivieren.

Seit 2011 bietet die Gemeinde Unterföhring mit den Sharing-Anbieter STATTAUTO stationsbasiertes Carsharing an. Die Abholung sowie die Rückgabe der Fahrzeuge erfolgen an der gleichen Station.

Die Nutzungsstatistik für die STATTAUTOs am S-Bahnhof Unterföhring zeigten über den Zeitraum vom 01.08.2021-31.07.2022 80 Ausleihen auf. Der Zeitraum der Ausleihe kann sich bis zu 4 Wochen erstrecken. Laut Anbieter ist dieser Wert für eine Umlandstation vergleichsweise hoch.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Für die Einführung von Carsharing in Wohngebieten ständen folgende Möglichkeiten zur Option:

- a) Gebiete für Carsharing freigeben (mittels Schildes „Carsharing frei“) unabhängig vom Anbieter (ähnlich Gewerbegebiet östlich der Bahnlinie).
- b) Vergabe von Stellplätzen als Sondernutzung mittels öffentlicher Ausschreibung an speziellen Anbieter (nur bei stationären Anbietern wie STATTAUTO). Hier ist der Aufwand einer Ausschreibung zu beachten.
- c) Festlegung von einzelnen Stellplätzen oder Straßen innerhalb Unterführings, wo Parkraumregelungen herrschen mit „Carsharing frei“ beschildern.

Variante a) wird von der Verwaltung favorisiert, da hierbei alle Anbieter die Möglichkeit haben ihr Angebot den Unterföhringer Bürgern anzubieten. So kann dem Bürger die größtmögliche Flexibilität geboten werden. Eine Testphase von einem Jahr soll zeigen wie sich diese Form in Realität darstellt. Hierzu soll ein Erfahrungsbericht erstellt werden, der dann auch dem Gremium vorzulegen ist. Diese Form des Carsharing Angebots fördert die Nachhaltigkeit und kann zu einer Reduzierung von Privatfahrzeugen führen (Share-Economy). Die kurzfristige Umsetzung bei dieser Variante ist hier zusätzlich als positiv zu bewerten.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.10.2022, Nr. 248 an und nimmt die Vorstellung entsprechend der Überlegungen für Carsharing im Gemeindegebiet zur Kenntnis. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus:

- a) das gesamte Gemeindegebiet für Carsharing freizugeben (mittels entsprechender Beschilderung „Carsharing frei“).

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Umsetzung von Carsharing Angeboten in den Wohngebieten alle erforderlichen Schritte und Maßnahmen (z.B. Beschilderung, Information der Öffentlichkeit, etc.) vorzunehmen. Diese Maßnahme soll für den Erprobungszeitraum bis zum 31.12.2023 durchgeführt und dem Gremium ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden.

AZ 1401  
Bauamt

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

354    24    **Erstellung eines Konzeptes für die Verpachtung der Kiesflächen (Parkflächen) westlich der Beta-Straße an die örtlichen Kleingewerbeunternehmen, Sachstand und weiteres Vorgehen**

Das Gemeinderatsmitglied Frau Mörike Klara hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Vorsitzende erinnert an den Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung eines Konzeptes für die Verpachtung der Kiesflächen (Parkflächen) westlich der Beta-Straße an die örtlichen Kleingewerbeunternehmen vom 18.09.2022 und die Beschlüsse des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2022, Nr. 241, sowie des Gemeinderates vom 13.10.2022, Nr. 337, nach denen folgendes beschlossen wurde:

„Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt ein Pacht-Konzept zu erarbeiten, wie die aktuelle Kiesfläche (Parkfläche) westlich der Beta-Straße, gegenüber den ansässigen Unternehmen im Kleingewerbegebiet als Parkflächen verpachtet werden könnte.

Dieser aufgekieste Bereich (westlich der Beta-Straße) ist dann aus dem beschlossenen Parkraumbewirtschaftungskonzept als ausgewiesene Parkfläche herauszunehmen.

Dazu sollen die vorhandenen Unternehmer im Kleingewerbegebiet vorab auf ihren Flächenbedarf hin abgefragt werden. Darüber hinaus soll ein Konzept zur Verpachtung der Flächen mit Größe, Zeitraum und Pachthöhe von der Gemeindeverwaltung als Vorschlag erarbeitet werden. Dieser Konzeptentwurf ist dem Gemeinderat anschließend zur finalen Behandlung vorzulegen.“

Die Abfrage des Flächenbedarfs hat einen Gesamtbedarf von 40 – 47 Stellplätzen. Es stehen in etwa 60 Stellplätze zur Verfügung (Länge der Kiesfläche ca. 160 m).

Zwei Firmen teilten mit, dass 10,- €/Stellplatz darstellbar/machbar wären.

Der Vorsitzende weist auf die juristische Stellungnahme von Herrn Rechtsanwalt Dr. Würfel, vom 30.09.2022, hin, in der u.a. mitgeteilt wird, dass die Gemeinde die Verpachtung der Grundstücke nicht vergaberechtlich ausschreiben muss, aber die Flächen nicht unter Marktwert verpachten darf. Hier bringt der Vorsitzende den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 27.10.2022, Nr. 249, zur Kenntnis, in welchem Folgendes beschlossen wurde:

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

*Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, die Freifläche an der Beta-Straße als Parkfläche für Wohnmobile, Wohnwägen und Anhänger für Unterföhringer Bürger bis auf Weiteres anzubieten. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fläche (ohne technische Ausstattung: einzelne Elektrosteckdosen, soweit erforderlich Einzäunung mit Tor, damit nur Berechtigte Zutritt erhalten) herzustellen. Es ist eine Parkgebühr von 10€/monatlich je Stellplatz zu erheben. Bei den Pachtverträgen ist der Haftungsausschluss durch die Gemeinde aufzunehmen und mit den Pächtern vertraglich zu vereinbaren.*

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Bedarfsabfrage zur Kenntnis und spricht sich für eine Verpachtung der Kiesflächen (Parkflächen) westlich der Beta-Straße an die dort ansässigen örtlichen Kleingewerbeunternehmen aus.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kiesfläche (ohne jegliche technische Ausstattung), herzustellen. Es ist eine Parkgebühr von 10€/monatlich je Stellplatz zu erheben. Bei den Pachtverträgen ist der Haftungsausschluss (Winterdienst, Reinigung etc. ist durch die Pächter selbst auszuführen) durch die Gemeinde aufzunehmen und mit den Pächtern vertraglich zu vereinbaren. Die Pachtdauer ist vorerst für zwei Jahre zu vereinbaren, mit einer jährlichen Verlängerungsoption, wenn nicht die Gemeinde oder der Pächter, drei Monate vor Ablauf des Pachtverhältnisses kündigt.

Bei der Ausweisung der Stellplätze ist darauf zu achten, dass eine Zufahrtsmöglichkeit für die landwirtschaftlichen Felder gewährleistet ist (z.B. feststehende Beschilderung).

AZ 6100  
Bauamt

25     **Ortsrecht**

AZ 6012  
Hauptamt



## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

355

24

#### Ortsrecht

#### Neuerlass Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe in der Gemeinde Unterföhring

Das Gemeinderatsmitglied Frau Mörike Gertrud hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Die Gemeinde Unterföhring hat mit Wirkung vom 01.02.2003 die „Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe in der Gemeinde Unterföhring“ erlassen. Der Gemeinderat hat dies in seiner Sitzung am 09.01.2003 mit Beschluss Nr. 145 beschlossen.

Gemäß Art. 50 Absatz 2 das Gesetz über das Landestrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (LStVG) hat diese Verordnung eine Gültigkeitsdauer von 20 Jahren. Somit wird deren Gültigkeit mit Wirkung zum 31.01.2023 ablaufen.

Die Verordnung dient dazu, das ruhestörende Haus- und Gartenarbeiten nur in einem gewissen Zeitraum (Mittagsruhe) ausgeübt werden dürfen.

Zu den Hausarbeiten, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe zu stören, zählen insbesondere das Ausklopfen von Gegenständen, Holzhacken, Holzsägen, Hämmern, die Benutzung von Bohr-, Fräs-, Schneid-, Schleifmaschinen, Hochdruckreinigern und ähnlichen lärmintensiven Geräten sowie Reparaturen an Kraftfahrzeugen, usw.

Ruhestörende Gartenarbeiten sind die üblicherweise in Hausgärten anfallenden lärmregenden Arbeiten, die geeignet sind, die Ruhe der Allgemeinheit zu stören. Hierzu gehören insbesondere die Benutzung von motorbetriebenen Geräten wie Rasenmäher, Heckenscheren, Motorkettensägen, Rasentrimmer, Rasenkantenschneider und Häcksler.

In der Verwaltungspraxis erwies sich die bisherige Verordnung als geeignetes Instrument und Regelungsgrundlage das nachbarschaftliche Miteinander zu unterstützen und begleiten.

Im Rahmen der Aktualisierung wurden im Entwurf der neuen Verordnung Anpassungen vorgenommen. Die Änderungen bzw. Ergänzungen sind im Entwurf der Verordnung gelb hinterlegt.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Diese sind insbesondere:

- Änderung der Zeiten der Mittagsruhe von 12:00 – 14:00 Uhr
- Aufnahme des genauen Geltungsbereichs der Verordnung
- Ausnahme der ruhestörenden Arbeiten bei Gefahr in Verzug (z.B. Schneeräumen)

Die Verwaltung empfiehlt einen Neuerlass der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe in der Gemeinde Unterföhring und hat einen (Verordnungs-) Entwurf (Stand 10.11.2022) erarbeitet, der im Vorfeld der heutigen Sitzung dem Gremium zugegangen ist.

Beschluss: 23 : 0

Das Gremium nimmt den Entwurf (Stand 10.11.2022) der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe in der Gemeinde Unterföhring zur Kenntnis und beschließt diese vollumfänglich.

Die Verordnung (Stand 10.11.2022) wird als Anlage zur Niederschrift erklärt.

Die Verordnung ist auszufertigen und tritt am 01.01.2023 in Kraft.

AZ 0281  
Hauptamt

#### **Ortsrecht**

356    24    **Neuerlass Satzung für den Wochenmarkt in Unterföhring  
(Wochenmarktbennutzungssatzung)**

Die Gemeinde Unterföhring betreibt seit fast 25 Jahren einen Wochenmarkt. Anfangs fand dieser Wochenmarkt auf dem Parkplatz des Rathauses statt. Im Jahre 2011 wurde nach Fertigstellung des Bürgerhauses dieser auf den Vorplatz des Bürgerhauses genauer gesagt unter das Marktdach verlegt.

Die Organisation des Wochenmarktes bzw. die Festlegung der Standbetreiber wird durch den Metzgermeister Johann Karl als Marktbobmann festgelegt. Die Gemeindeverwaltung war bzw. ist lediglich mit der Verlegung des Wochenmarktes vertraut. Des Weiteren wird der Marktbobmann bei Publikationen wie z.B. Marktverlegungen im Gemeindeblatt oder auf der Homepage unterstützt.

## **35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

Mit Beschluss Nr. G487 vom 14.10.2010 hat sich der Gemeinderat gegen die Erhebung von Gebühren bzw. Standgeldern ausgesprochen.

In der Sitzung des Gemeinderats am 12.01.2012 wurde ein kurzer Sachstandsbericht über den Wochenmarkt auf dem Bürgerhausvorplatz gehalten. Hierbei wurde nochmals vermerkt, dass keine Gebühren bzw. Standgelder erhoben werden.

Mit Beginn der Corona Pandemie im Februar 2020 wurde die Bedeutung und der Zulauf auf dem Wochenmarkt immer größer. Der Wochenmarkt hat enorm an Beliebtheit und Bedeutung gewonnen. Diesbezüglich ist die Gemeindeverwaltung auf die Händler des Wochenmarktes zugegangen um etwaige Verbesserungen, Änderungen etc. zu besprechen. In diesem Zuge hat die Gemeindeverwaltung eine Bürgerumfrage zur Zufriedenheit mit dem Wochenmarkt durchgeführt. Gerade die Gestaltung des Wochenmarktes kann auf Grund des immer größeren Zulaufs entsprechend optimiert werden.

Der Betrieb des Wochenmarktes findet bislang ohne Grundlage statt. Die Händler des Wochenmarktes haben bisher keine privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Unterföhring abgeschlossen. Ein Anspruch auf einen Standplatz besteht nicht.

Aus diesem Grund war es der erste Schritt der Verwaltung hier eine entsprechende Wochenmarktbenutzungssatzung zu erarbeiten. Die Benutzungssatzung regelt alle wichtigen Punkte rund um den Wochenmarkt wie z.B. Markttage- und -zeiten, Gegenstand des Marktverkehrs, Zulassung als Händler usw.

Auf Grundlage der Wochenmarktbenutzungssatzung werden künftig Dauererlaubnisse mit den Händlern des Wochenmarkts geschlossen.

Die Verwaltung hat daher einen Satzungsentwurf (Stand 27.10.2022) erarbeitet. Der Entwurf der Wochenmarktbenutzungssatzung ist im Vorfeld der heutigen Sitzung dem Gremium zugegangen.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf (Stand 27.10.2022) der Wochenmarktbenutzungssatzung zur Kenntnis und beschließt diese vollumfänglich.

Die Wochenmarktbenutzungssatzung (Stand 27.10.2022) wird als Anlage zur Niederschrift erklärt.

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Satzung ist auszufertigen und tritt am 01.01.2023 in Kraft.

AZ 0280  
Hauptamt

357

24

#### **Ortsrecht**

#### **Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Standplatzes auf dem Wochenmarkt Unterföhring gemäß Wochenmarktbenutzungssatzung (Wochenmarktgebührensatzung)**

Die Gemeinde Unterföhring betreibt seit fast 25 Jahren einen Wochenmarkt. Anfangs fand dieser Wochenmarkt auf dem Parkplatz des Rathauses statt. Im Jahre 2011 wurde nach Fertigstellung des Bürgerhauses dieser auf den Vorplatz des Bürgerhauses genauer gesagt unter das Marktdach verlegt.

Die Organisation des Wochenmarktes bzw. die Festlegung der Standbetreiber wird durch den Metzgermeister Johann Karl als Marktbobmann festgelegt. Die Gemeindeverwaltung war bzw. ist lediglich mit der Verlegung des Wochenmarktes vertraut. Des Weiteren wird der Marktbobmann bei Publikationen wie z.B. Marktverlegungen im Gemeindeblatt oder der Homepage unterstützt.

Mit Beginn der Corona Pandemie im Februar 2020 wurde die Bedeutung und der Zulauf auf dem Wochenmarkt immer größer. Der Wochenmarkt hat enorm an Beliebtheit und Bedeutung gewonnen. Diesbezüglich ist die Gemeindeverwaltung auf die Händler des Wochenmarktes zugegangen um etwaige Verbesserungen, Änderungen etc. zu besprechen. In diesem Zuge hat die Gemeindeverwaltung eine Bürgerumfrage zur Zufriedenheit mit dem Wochenmarkt durchgeführt. Gerade die Gestaltung des Wochenmarktes kann auf Grund des immer größeren Zulaufs entsprechend optimiert werden.

Der Betrieb des Wochenmarktes findet bislang ohne Grundlage statt. Die Händler des Wochenmarktes schließen keine Vereinbarung oder dergleichen. Ein Anspruch auf einen Standplatz gibt es derzeit nicht.

Aus diesem Grund war er der erste Schritt der Verwaltung hier eine entsprechende Wochenmarktbenutzungssatzung sowie eine Wochenmarktgebührensatzung zu erarbeiten. Die Benutzungssatzung regelt alle wichtigen Punkte Rund um den Wochenmarkt wie z.B. Markttage- und zeiten, Gegenstand des Marktverkehrs, Zulassung als Händler usw.

## **35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

Die Wochenmarktgebührensatzung regelt insbesondere die Höhe der künftigen Gebühren für die Standbetreiber auf dem Wochenmarkt.

Mit Beschluss Nr. G487 vom 14.10.2010 hat sich der Gemeinderat gegen die Erhebung von Gebühren bzw. Standgeldern ausgesprochen.

In der Sitzung des Gemeinderats am 12.01.2012 wurde ein kurzer Sachstandsbericht über den Wochenmarkt auf dem Bürgerhausvorplatz gehalten.

Hierbei wurde nochmals vermerkt, dass keine Gebühren bzw. Standgelder erhoben werden. In den zurückliegenden Jahren (vor Corona) haben die Händler oft mit Umsatzrückgängen zu kämpfen gehabt wonach auch einige Händler den Wochenmarkt in Unterföhring verlassen haben. Dies war die Entscheidungsgrundlage seitens des Gemeinderats bis dato keine Gebühren für den Standplatz auf dem Wochenmarkt zu erheben.

Der Wochenmarkt ist mittlerweile sehr gut in Unterföhring integriert und findet auch wieder großen Zulauf an Besucherinnen und Besuchern. Die Wochenmarkthändler haben eine wirtschaftliche Gewinnerzielungsabsicht, wonach hier aus rechtlichen Gesichtspunkten eine Gebühr für den Standplatz erhoben werden sollte.

Da die Gemeinde Unterföhring die bisherigen Händler auf dem Wochenmarkt weiterhin halten möchte, wurde die Gebührenhöhe relativ gering festgesetzt.

Die Verwaltung hat einen Satzungsentwurf (Stand 07.11.2022) erarbeitet. Der Entwurf der Wochenmarktgebührensatzung ist im Vorfeld der heutigen Sitzung dem Gremium zugegangen.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf (Stand 07.11.2022) der Wochenmarktgebührensatzung zur Kenntnis und beschließt dieses vollumfänglich.

Die Wochenmarktgebührensatzung (Stand 07.11.2022) wird als Anlage zur Niederschrift erklärt.

Die Satzung ist auszufertigen und tritt am 01.01.2023 in Kraft.

AZ 0280  
Hauptamt

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

358

24

#### **Antrag des KJR München-Land auf Aufstockung des Budgets für die Gebundene Ganztagschule an der Grundschule Unterföhring aufgrund eines Antrags auf Altersteilzeit**

Mit Schreiben vom 24.10.2022 beantragt der Kreisjugendring München-Land, vertreten durch den Bereichsleiter Regionale Jugendarbeit Region Nord, Herrn Stephan Schwarz, die Aufstockung des Budgets für die Gebundene Ganztagschule an der Grundschule Unterföhring in den Jahren 2023 und 2024 um jeweils 16.000 Euro aufgrund eines Antrages auf Altersteilzeit.

Eine Mitarbeiterin der o.g. Einrichtungen hat im September 2022 einen Antrag auf Altersteilzeit im Blockmodell bei uns eingereicht. Der KJR München-Land steht dem Antrag positiv gegenüber. Die Mitarbeiterin ist 62 Jahre alt und seit sechs Jahren dort tätig. Vorher war sie langjährige Mitarbeiterin für einen anderen Träger im sozialen Bereich in Unterföhring.

Die Altersteilzeit soll sich auf Wunsch der Mitarbeiterin insgesamt auf den Zeitraum von 01.01.2023 bis 31.10.2026 erstrecken und sich folgendermaßen aufteilen: Arbeitsphase von 01.01.2023 bis 30.11.2024: Freistellungsphase von 01.12.2024 bis 31.10.2026. Während dieser Zeit wird das Gehalt zur Hälfte ausbezahlt und durch einen Aufstockungsbetrag von 20 v. H. erhöht.

Für die Finanzierung der Freistellungsphase müssen während der Arbeitsphase Rückstellungen gebildet werden, nach der Kalkulation des KJR sind dafür ca. 58.000 Euro nötig. Da die Mittelanforderung für 2023 für diese Stelle bisher nur 42.000 Euro vorsieht, wird für eine ausreichende Rückstellung ein Mehrbetrag von 16.000 Euro benötigt. Das gleiche gilt für das Jahr 2024. In den Jahre 2025 und 2026 sind keine weiteren Mittel mehr nötig. Nicht verbrauchte Mittel werden selbstverständlich wie gewohnt mit der Jahresrechnung an die Gemeinde Unterföhring rückerstattet.

Für den erforderlichen finanziellen Mehraufwand wird deshalb um Genehmigung einer Budgetaufstockung um je 16.000 Euro in den Jahren 2023 und 2024 gebeten.

Beschluss: 24 : 0

Dem Antrag des Kreisjugendring München-Land um Budgetaufstockung für die Jahre 2023 und 2024 um jeweils 16.000 Euro wird zugestimmt.

AZ 211  
Hauptamt

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

359      25      **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024  
Hauptamt

359      25      **Bekanntgaben / Anfragen**  
**BEK 11/2022 S-Bahnhof Unterföhring, Ladeneinheit 2, NUR GmbH,**  
**Aufstellung von zwei Außengaragen für Paketrollwägen der Deutschen**  
**Post**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass zur Optimierung datenschutzrechtlicher Aufbewahrung der Postsendungen in Abstimmung mit der Deutschen Post AG und den Betreiber, der NUR GmbH, Herr Cakil, Paketrollwägen angeschafft wurden.

Der Cubus für diese beiden Paketrollwägen wird im Innenbereich auf einer der Aktionsflächen aufgestellt. Brandschutzrechtliche Belange wurden dabei berücksichtigt.

Ansichten und Lageposition wurden dem Gremium bekannt gegeben.

Die Lieferzeit der „Außengaragen“ für die beiden Paketrollwägen, beträgt laut Mitteilung von Herrn Cakil rund 6-8 Wochen.

Az.: 684  
Bauamt

AZ 684  
Bauamt

## 35. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

359

25

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 11/2022 Dankschreiben compagnie nik - Unterföhringer Kulturpreis**

Der Vorsitzende verliest das Dankesschreiben vom 08.10.2022 eingegangen bei der Gemeinde am 14.10.2022 der compagnie nik für den Erhalt des Unterföhringer Kulturpreises.

AZ 3  
Kulturamt

Bis zum Ende der öffentlichen Sitzung sind keine Einwände gegen die Beschlussfassungen aufgrund Probleme bei der Zuschaltung mittels Ton- und Bildübertragung vorgebracht worden.

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter\*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 21:25 Uhr.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Felix Kinzinger  
Schriftführer